

frank. Die Herren Kollegen vom Buchhandel dürften das wissen. Mit den Millionen Kämpfern sind den Fachzeitschriften ungezählte Tausende von Lesern entzogen worden. Mit der völligen Umgestaltung des deutschen Wirtschaftslebens hat das Anklamungs- wesen gewaltige Änderungen erfahren. Die Zeitungs- und Zeit- schriftenverleger waren großherzig und klug genug, nicht auf ihrem Schein zu bestehen und die sofortige Abwicklung der er- teilten Anzeigenaufträge zu fordern, sondern sie haben Unter- brechungen gestattet. Neue Aufträge sind nur in geringem Um- fange erteilt worden, und es darf gesagt werden, daß mit weni- gen Ausnahmen das gesamte Fachzeitschriftengewerbe auch am Anzeigenteile krank. Wie große Schäden der Krieg dem Fach- zeitschriftenwesen verursacht hat, erhellt am besten die Tatsache, daß weit über 1000 Zeitschriften bisher ihr Erscheinen eingestellt haben. 2000 und mehr Fachzeitschriften sind heute schwer krank; wenigen geht es gut. Jetzt muß der Verleger auch eine Papier- teuerung in Kauf nehmen, die gegenwärtig 80—100% Erhöhung gegenüber dem Friedenspreise beträgt, und die noch ärger werden kann. Nun soll er noch seine Portoausgaben um rund 40% er- höhen? Das kann er einfach nicht. Als Vorsitzender des Verbandes der Fachpresse Deutschlands habe ich an eine Reihe von Ver- legern die Frage gerichtet, welche Einwirkung die vorgeschlagene Portoerhöhung auf ihren Betrieb haben würde, errechnet an ihrem Friedensporto-Bedarf. Es sind mir schriftlich Beträge von M 32 000.—, 31 500.—, 28 200.—, 24 000.—, 23 000.—, 5 mal 20 000.—, 3 mal 16 000.—, 14 000.—, 12 000.—, 10 000.— an Mehraufwendungen genannt worden! Kleinste Be- triebe hätten immerhin 12—1500 M mehr aufzuwenden. In allen Fällen ginge aber die Belastung weit über die von den Ver- legern gezahlten Wehrbeitragsraten hinaus.

Hieraus ist ersichtlich, daß von einer gleichmäßigen Belastung durch die Portozuschläge gar keine Rede sein kann. Bis zur Grenze der Vernichtung wird z. B. der Zeitschriftenverlag ge- troffen, während Landwirtschaft und Groß-Industrie davon kaum berührt werden.

Wird diese Vorlage zum Gesetz erhoben, so verschwinden min- destens weitere 1000 Zeitschriften von der Bildfläche; mit ihnen verschwindet natürlich ihr seitheriger Portoumsatz. Die Zeit- schriften aber, die sich trotz der Teuerung auf allen Gebieten, trotz der Papierverteuerung und trotz der Portoerhöhung weiter zu behaupten suchen, werden an eine sehr beträchtliche Einschränkung ihrer Werbungskosten gehen. Eine große Zahl wird gewiß ver- suchen, anstatt mit geschlossenen Briefen mit Drucksachensendungen zu werben. Und wenn sie statt eines geschlossenen Briefes künf- tig zwei Drucksachen versenden, so erhält die Reichspost bei dop- pelter Arbeitsleistung nur 8 S, statt früher 10 S und statt der er- warteten 15 S für die einfache Arbeitsleistung. So glaube ich als Sachverständiger für das Fachzeitschriftengewerbe behaupten zu können, daß aus diesem Gewerbe dem Reiche auch nicht ein Pfennig aus der Erhöhung zufließen wird; als einziges Ergebnis bliebe der Ruin der Fachzeitschriften, der dafür beschäftigten graphischen Gewerbe, der Angestellten und der Kreise des deut- schen Wirtschaftslebens, deren Förderer und Führer die Fach- presse bisher so erfolgreich gewesen ist.

Daß es dem deutschen Sortimentsbuchhandel gegenwärtig so gut geht, daß er ohne weiteres seinen Portoverbrauch um 40% erhöhen könnte, möchte ich nicht glauben. Vielleicht schränkt er sich auch entsprechend ein, so daß er tatsächlich keine Abgabe leistet.

Die Kreise des Handels, die durch Versendung von Preis- büchern, Preislisten und sonstigen Werbchriften ihr Geschäft zu beleben suchten, ließen durch eine Reihe führender Persönlich- keiten verlautbaren, daß sie bei der schon jetzt herrschenden Ver- teuerung der Herstellungskosten und des Papiers ganz selbstver- ständlich an eine wesentliche Herabsetzung ihrer Auflagen gehen müßten. Man wird eben künftig statt 300 000 Prospekte nur 200 000, statt einer Million Kataloge nur 600 000 Kataloge drucken und in sorgfamerer Auswahl verbreiten. Man wird den Briefwechsel, den man vielleicht aus Gründen der Würde des Hauses führte, einschränken und sich dafür der Postkarte bedienen. Das Ergebnis wird auch hier sein, daß dem Reiche kein Pfennig Mehreinnahme zufließt, daß aber der Handel infolge Einschrän- kung seiner Ausgaben für Werbung sich zurückbildet.

Auch die Ansicht des Herrn H. Sch., daß »die Herrschaften, denen es bisher auf 5 S Porto und 10 S für die Ansichtskarte nicht ankam, nun auch noch 2 S mehr bezahlen werden«, teile ich durchaus nicht. Heute, da die Preise für Lebensmittel fortge- setzt beängstigend steigen, wird eine Portoerhöhung ganz sicher nie Veranlassung bieten, nunmehr auch die Ausgaben für den Schriftwechsel einer Nachprüfung zu unterziehen. Statt der Briefe, die nun 15 S kosten sollen, werden häufig Postkarten ge- schrieben, der Postkarten-Schriftwechsel wird eingeschränkt wer- den. Dem Handel mit Postkarten in den Gastwirtschaften und Kaffeehäusern wird bald ein Ende bereitet sein, denn künftig kostet dieser meist durchaus überflüssige Gruß an die Freunde nicht 5 S Porto, sondern 10 S (die 3 S möchte man sich ja nicht gern von dem armen Verkäufer herausgeben lassen, der die Marke doch nur aus Gefälligkeit verkauft). Also auch der Pri- vatschriftwechsel schafft dem Reiche keinerlei Mehreinnahmen, wohl aber schädigt er aufs schwerste die Ansichtskarten-Industrie und damit den Buch- und Schreibwarenhandel.

Daß die Belastung des Fernsprechers gerade so verkehrt ist, bedarf hiernach kaum noch der Feststellung. Zweifellos bedeutet für eine große Anzahl von Personen ihr Telephonanschluß heute eine schwere Belastung, und diese werden gern die Verteuerung zum Anlaß nehmen, nun endlich ihre längst gehegte Absicht zu verwirklichen, den Anschluß abzubestellen. Auch hier keine Mehreinnahme für die Post, dagegen Zehntausende von freige- wordenen Apparaten, die zinslos in den Fernsprechstellen ver- kommen werden.

Können wir nach dieser Prüfung wirklich der Verkehrssteuer noch das Wort reden? Mir schiene das eine Sünde am Vater- lande. Wir sollen und wollen Steuern zahlen. Ich wiederhole, es ist unsere erste Pflicht, dem Reiche die Mittel zu geben, die es für die siegreiche Durchführung des Krieges nötig hat. Wir müssen aber mit allem Nachdruck eine Steuervorlage bekämpfen, wenn wir zu der Überzeugung gelangt sind, daß trotz der damit zu erwartenden schwersten Schädigungen des deutschen Wirt- schaftslebens für das Reich keinerlei Überschuß erzielt werden kann.

Berlin S. 42, den 28. März 1916. Georg Eisner.

Jahrbuch des Vereins der Schweizer. Presse 1915/1916 und politische Chronik 1915.

Herausgegeben vom Verein der Schweizer. Presse. 6. Jahrgang. 8°. 552 S. m. 5 Abbildungen. Zürich 1916, Druck und Verlag Art. Institut Drell Füssli & Co. Geb.

Der vorliegende sechste Jahrgang des »Jahrbuchs des Vereins der Schweizer. Presse 1915/16« enthält nicht den üblichen Jahresbericht des Vorsitzenden, der erst später erscheinen kann, dafür aber eine sehr interessante Arbeit aus seiner Feder: La guerre, la presse et la censure. Wenn der Verfasser, Paul Rochat-Laufanne, im Eingang versichert, daß er sich bestreht habe, unparteiisch zu sein, so darf ihm als »Suisse welsche« das Zeugnis nicht verweigert werden, daß seine Darstellung des Einflusses des Krieges auf die Verhältnisse der Schweizer Presse dieses Bestreben deutlich erkennen läßt. Wie bei uns, so hatte der Krieg auch der Presse des von den kämpfenden Mäch- ten umgebenen Schweizerlandes bis Ende des Jahres 1914 bereits schweren materiellen Schaden zugefügt; denn nach einer Umfrage des Vereins der Schweizer Presse hatte der Rückgang des Anzeigengeschäfts 5—90 %, im Durchschnitt 50 % der gewöhnlichen Einnahmen betragen, und beinahe der 20. Teil der von der Umfrage erfaßten Zeitungen hatte entweder den Umfang eingeschränkt oder das Erscheinen überhaupt eingestellt.kehrte auch im Jahre 1915 das Vertrauen allmählich zu- rück, wodurch eine leichte Besserung der Lage eintrat, so wurde diese doch durch das Anziehen der Preise des Papiers, der Druckfarben usw. bald wieder aufgehoben, und es mußte in dem Wegfall von Sonder- gaben, wie Kalendern, Bildern usw., teilweise auch in der Erhöhung der Bezugspreise ein Ausgleich gesucht werden. Infolge eines Beschlusses des Vereins der Zeitungsverleger wurden Anfang 1916 die Bezugs- oder Anzeigenpreise allgemein erhöht, und der immer mehr drohende Papiermangel gab Anlaß zu einem Gesuch an den Bundes- rat (Bundesregierung) um zeitweise Aufhebung des Eingangszolls auf Holzpapier, nachdem schon vorher ein Ausfuhrverbot angeordnet worden